

# Volkszeitung

Nr. 54.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellenbesuche 50%, Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Lodz, Petrikauer 109, Hof, Tel. 36-99  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 8-10 Uhr.  
Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat Mai beträgt 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

## Auf dem Posten.

Am vergangenen Sonntag fanden sich in Lodz die Vertreter der organisierten deutschen werktätigen Bevölkerung zum 2. Parteitag der Deutschen Arbeitspartei Polens zusammen. Die Beratungen, die vom frühen Morgen bis in den späten Abend währten, bewegten sich auf einem hohen Niveau und lieferten den Beweis, daß der Wille, sich selbst in national-kultureller und wirtschaftlicher Beziehung zu verteidigen und in einer machtvollen Organisation der nationalen und wirtschaftlichen Unterdrückung entgegenzustellen, heute bei allen Werktätigen des früheren Kongresspolens unerschütterlich da steht.

Die in den Berichten des Hauptvorstandes wiedergegebenen Zahlen stellten fest, daß der Indifferentismus der deutschen Werktätigen geschwunden ist. In jeder Ortsgruppe wird mit vollem Ernst an der Organisation gearbeitet und die Vertretungen, die sich die Werktätigen in der letzten Zeit errungen haben, erreichten, daß die im Lande bestehenden polnischen Parteien sowie die Organisationen der anderen Minderheiten mit der Deutschen Arbeitspartei rechnen müssen und in vielen Städten dieselbe als Faktor behandeln, dessen Wort bei wichtigen politischen und kommunalen Fragen mitbestimmend, ja ausschlaggebend ist.

In zwei Städten üben die Stadtverordneten einen großen Einfluß auf die Kommunalwirtschaft aus, denn in der einen Stadt bilden sie mit der P. P. S. die Mehrheit, in der anderen mit den übrigen Minderheiten. Die Politik, die von ihnen dort betrieben wird, ist, wie man dies den Deutschen in Polen so gern zuschiebt, keinesfalls eine Zerstückungspolitik, sondern eine Politik der gefundenen Stadtwirtschaft. Diese Politik wird nicht nur von der deutschen Bevölkerung, sondern selbst von den Polen anerkannt. Die Heßen, die von den polnischen Chauvinisten gegen die deutsche Minderheit betrieben wurden und noch betrieben werden und die auch bei den Behörden eine feindliche Einstellung gegen uns hervorgerufen haben, ist die D. A. P. mit realer Arbeit entgegengetreten. Und heute findet man selbst in behördlichen Kreisen die Meinung und das Eingeständnis, daß man sich von den Uebernationalisten hat irre führen lassen.

Die Deutsche Arbeitspartei Polens hat in ihrer Tagung am Sonntag durch ihre Beschlüsse dokumentiert, daß sie gewillt ist, Realpolitik zum Wohle der deutschen Werktätigen Polens zu betreiben. Eine ganze Reihe von Beschlüssen, wie Gründung eines Verbandes aller Stadtverordneten der D. A. P., eines ebensolchen der Krankenkassenräte und Verwaltungsmitglieder usw. weisen darauf hin, daß die Parteileitung bestrebt ist, eine einheitliche Politik zu führen, die die D. A. P. als gutgeleitete Organisation erkennen lassen.

Das Verhältnis der D. A. P. zu den anderen sozialistischen Parteien, wie der P. P. S. und dem „Bund“, wurde in einem Beschluß festgelegt. Derselbe stellt fest, daß eine Zusammenarbeit mit diesen Parteien im Interesse des werktätigen Volkes, vor allen Dingen aber im Interesse der national-kulturellen Gleichberechtigung für die deutsche Minderheit ein Gebot der Stunde ist.

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Auch ein Kultusminister.

Wie Prof. Stanislaw Grabski eine jüdische Delegation behandelt. Er schreit, schlägt mit der Faust auf den Tisch und wirft die Delegation hinaus.

Am 2. Mai begab sich eine Delegation der Tagung der jüdischen Schulen zum Unterrichtsminister Prof. Grabski, um ihn mit den Beschlüssen der Tagung bekannt zu machen. Gleich beim Eintritt in das Empfangszimmer erklärte der Minister der Delegation: „Ich weiß alles und habe meine Informationen. Auf der Tagung, an der nur Bundisten teilnahmen, wurden staatsfeindliche Reden gehalten.“

Die Delegation, zu der u. a. die Herren Mendelsohn und Pat gehörten, erklärte, daß diese Informationen nicht den Tatsachen entsprechen und daß an der Tagung 300 Delegierte von 200 Schulen teilnahmen, aus deren Mitte die Delegation gewählt wurde. Die Delegation komme auch noch deswegen, um vom Herrn Minister zu erfahren, was er mit den orthodoxen Juden verhandelt habe.

Bei diesen Worten sprang der Unterrichtsminister Stanislaw Grabski vom Stuhl auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie die Delegation an: „Ich lasse mir nicht diktieren, mit wem ich zu verhandeln habe und mit wem nicht.“

Die Delegation suchte den Minister zu beruhigen

und ihn über die Angelegenheit aufzuklären. Der aufgeregte Stanislaw Grabski schlug erneut mit der Faust auf den Tisch und schrie nicht mehr, sondern brüllte: „Noch ein Wort davon und ich breche die Audienz ab.“

In Anbetracht dieses für einen Kultusminister wenig würdigen Verhaltens, sah sich die Delegation genötigt, nur in knappen Worten über die Beschlüsse der Tagung zu berichten. Als die Delegation geendet hatte, stand der Herr Minister auf und sagte: „Die Audienz ist zu Ende.“

Bemerkenswert ist, daß der Herr Minister sich nicht einmal von der Delegation verabschiedet hat. Ueber Stanislaw Grabski ist bereits soviel geschrieben und gesagt worden, daß es sich fast nicht mehr lohnt, über ihn noch ein weiteres Wort zu verlieren. Diesmal hat er die Juden rausgeschmissen, das nächste Mal kann es den Ukrainern oder Deutschen ebenso ergehen. Deshalb muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Verhalten des Unterrichtsministers einer Herausforderung gleichkommt, die sich die Minderheiten nicht bieten lassen dürfen.

## Das englische Unterhaus gegen den 8stündigen Arbeitstag.

Der Antrag der Labour-Party abgelehnt. — Stürmische Lärmereien.

Das Mitglied der englischen Labour Party, Buchanan, hat den Antrag gestellt, die Washingtoner Konvention über den 8stündigen Arbeitstag anzunehmen. Der Arbeitsminister erklärte im Namen der Regierung, daß die Annahme dieses Antrages augenblicklich unmöglich sei, weil zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch andere Vereinbarungen bestehen. Der Minister wies darauf hin, daß die Ratifizierung der Konvention durch Frankreich, Deutschland und Belgien für England nicht maßgebend sei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Arbeitspartei mit 310 gegen 128 Stimmen abgelehnt.

Während der Debatte über das Budget kam es zu sehr erregten Szenen. Das Schlagen mit den Paltdedeln dauerte gegen

20 Minuten. Macdonald sprach zum ersten Mal in einer sehr stürmischen Weise. Er protestierte sehr energisch gegen die Jollpolitik der Regierung.

Ihm antwortete Churchill, wobei er die Wendung brauchte, daß die Arbeiter eine immer größere Geschäftlichkeit bei der Erhaltung von Arbeitslosenunterstützungen an den Tag legen. Diese Bemerkung führte zu stürmischen Szenen. Auf den Bänken der Arbeitspartei wurden Rufe laut wie: „Gemeinheit! Unerböt!“

Als der Ministerpräsident sich weigerte, Churchill aufzufordern, das Gesagte zurückzunehmen, kam es zu erneuten Tumultszenen. Churchill konnte nicht weiter reden und mußte den Sitzungssaal verlassen.

## Wahlerfolge des französischen Linkskartells.

Am Sonntag fanden in Frankreich die Gemeindevahlen statt, auf die die Rechtsparteien mit großen Siegen für sich gerechnet haben. Diese Wahlen haben umso größere Bedeutung, weil die Stadtverordneten im Jahre 1927 den neuen Senat wählen werden. Die Hoffnungen der Rechten sind nicht in Erfüllung gegangen. Das Abstimmungsergebnis ist zwar in genauen Ziffern noch nicht bekannt, doch steht bereits fest, daß das Linkskartell den bisherigen Besitzstand nicht nur erhalten, sondern vergrößert hat. Gerriot wurde in Lyon mit überwältigender Stimmenmehrheit gewählt. Die Kommunisten haben einige Verluste zu verzeichnen.

Bei den Wahlen kam es zu ersten Zusammenstößen. In Lille wurde der kommunistische Kandidat erschossen. Auf Korsika wurden 2 Personen getötet und 20 verwundet.

## Die Soffioter Attentäter erschossen

Privatnachrichten besagen, daß die Attentäter auf die Soffioter Kathedrale zum Tode verurteilt und gestern früh auf den Trümmern der Kathedrale hingerichtet wurden. Die Zahl der Verurteilten wird in den Nachrichten nicht angegeben.

## Das Gewaltregiment in Bulgarien.

Judenverfolgungen.

Die bulgarische Regierung sucht die Schuld an den Terrorakten neben den Kommunisten auch auf die Juden zu schieben. Auf die Juden von Sofia wurde eine Kontribution in der Höhe von 60 Millionen Lewa auferlegt. Da auch dem Juden Goldstein, der das Amt eines amerikanischen Konsuls ausübt, 1/2 Million Lewa als Kontribution auferlegt wurde, ist es zwischen dem amerikanischen Gesandten und der bulgarischen Regierung zu einem scharfen Konflikt gekommen. Der Gesandte drohte Sofia zu verlassen, falls die bulgarische Regierung darauf bestehen sollte, daß der Konsul Goldstein die Kontribution zu bezahlen hat.

## Das Morden im Mussolini-Land.

In San Pier bei Pisa überfielen gestern Abend Faschisten ein Haus, in dem ein Sozialist wohnte, und töteten ihn durch sechzehn Revolvergeschüsse.

In Ravenna wurde ein Faschist durch Revolvergeschüsse schwer verwundet, als er das Anschlagens sozialistischer Kundgebungen für den 1. Mai verhindern wollte.

Die Polizei hat in den letzten Tagen in den Vereinslokalen der Kommunisten eine Menge Propagandamaterial beschlagnahmt und mehrere Personen verhaftet. Auch in Florenz und in Neapel wurden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. In Neapel sollen hundertzehn Personen verhaftet worden sein.



In Sachen der Zusammenarbeit mit der Deutschen Sozialdemokratischen Partei des früheren deutschen und des österreichischen Teilgebiets erklärte sich der Parteitag für einen Zusammenschluß, der bis zum nächsten Parteitag der D. A. P. erfolgen soll. Vorläufig soll eine Arbeitsgemeinschaft der zwei Parteien die Bedingungen für den Zusammenschluß finden und in der Zwischenzeit durch einen gemeinsamen Ausschuß die gemeinsame Politik der beiden Parteien bestimmen.

In bezug auf die Zusammenarbeit mit den nichtsozialistischen deutschen Organisationen hat der Parteitag beschlossen, erforderlichenfalls in national-kulturellen Fragen und in größeren Aktionen eine Gemeinsamkeit der Arbeit herbeizuführen. Die Ansicht vieler Delegierter ging dahin, daß die polnische Demokratie noch nicht den festen Willen zeigt, der polnischen Reaktion in der Minderheitenfrage rücksichtslos entgegenzutreten.

Aber auch in organisatorischer Hinsicht leistete der Parteitag große Arbeit, die zur Folge haben wird, daß die Organisation in jeder Beziehung gestärkt und gefestigt sein wird.

Den beiden Abgeordneten der D. A. P. wurde durch mehrere Redner der Dank für ihre rastlose Arbeit ausgedrückt und festgestellt, daß die Stärke der Organisation in erster Linie ihr Verdienst ist.

Der 2. Parteitag ist eine bedeutsame Etappe auf dem Wege der restlosen Organisation der deutschen werktätigen Bevölkerung. Die ersten Verhandlungen und der feste Wille, aus der D. A. P. eine wirksame Verteidigerin des deutschen arbeitenden Volkes zu machen, dürfen uns Deutschen auf dem dornenvollen Wege zur national-kulturellen und wirtschaftlichen Befreiung ein gewaltiges Stück vorwärts bringen.

K.

## Wie man Gegner kalstellt.

Die Affäre Landsberg hat noch keine Aufklärung gefunden. Die Vorwürfe, die Landsberg als ehemaliger Präses der Wilnaer Eisenbahndirektion gegen hohe Staatsbeamten erhoben hat, haben seinerzeit sehr viel Staub aufgewirbelt. Der Einleitung eines Verfahrens gegen sich selbst, das Landsberg gefordert hatte, wurde bisher nicht stattgegeben. Man fürchtet sich wahrscheinlich, daß ein Prozeß nicht gerade laubere Dinge zu Tage fördern würde.

Auch gegen den Eisenbahnminister Tyszka hatte Landsberg während der Vernehmung durch die Sejmuntersuchungskommission Vorwürfe erhoben. Eisenbahnminister Tyszka konnte diese Stellungnahme seinem früheren Untergebenen nicht verzeihen und rächte sich jetzt in einer Weise, die nicht gerade für ihn spricht.

Der Industriellenverband hatte nämlich Landsberg sowie Dr. Barcinski als Vertreter in den Eisenbahnrat entsandt. Infolge eines unterlaufenen Formfehlers hat nun Tyszka Landsberg als Vertreter gestrichen. Wie es heißt, hat der Industriellenverband gegen dieses Vorgehen des Eisenbahnministers einen Protest bei Grabski eingereicht.

## Die wirtschaftliche Kraft Polens.

Der polnische Haushalt für das Jahr 1925 beträgt zwei Milliarden 155 Millionen Zloty an Einnahmen und zwei Milliarden 176 Millionen Zloty an Ausgaben. Der rechnerische Fehlbetrag ergibt eine Summe von 21 Millionen Zloty. Aber die außerordentlichen Ausgaben sind darin nicht enthalten. Die Handelsbilanz schließt mit einem Fehlbetrag von 211 Millionen Zloty, und wenn keine Besserung eintritt, so rechnet man mit einem Jahresdefizit von 500 Millionen Zloty. Die innere Schuld Polens beträgt 148 Millionen Zloty, dagegen die äußere 1 Milliarde 788 Millionen Zloty. Die ganze Hoffnung des polnischen Finanzministers klammert sich an den Ausfall der diesjährigen Ernte und an die Reorganisation der polnischen Verkehrswirtschaft.

## Polen und Rumänien.

Im Zusammenhange mit dem Abschlusse der polnisch-ukrainischen Abmachungen ergibt sich die Notwendigkeit einer Revision des polnisch-rumänischen Handelsvertrages. Auf Grund einer Verständigung der beiden Regierungen werden bereits in der nächsten Zeit Verhandlungen zwecks Abschlusses eines neuen polnisch-rumänischen Handelsvertrages stattfinden.

## Deutschland und der Völkerbund.

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist nach den Präsidentschaftswahlen wieder aktuell geworden. Die deutschen Botschafter und Ge-

sandten wurden vom Außenministerium aufgefordert, wie am schnellsten Gutachten über diese Frage einzufenden. Bereits in einer der nächsten Sitzungen soll sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

## Garantiepaß und Räumungsfrage.

Ueber die Gründe, die den bereits angekündigten Aufschub der Verhandlungen über das deutsche Garantieangebot und im Zusammenhang damit auch über die Frage der Räumung von Köln veranlaßt haben, äußert sich der „Temps“ wie folgt: Einmal habe Briand, der soeben erst die Leitung der französischen Außenpolitik übernommen habe, das Bedürfnis, die schwebenden Fragen gründlich zu studieren; dann aber sei es sehr begreiflich, daß man sowohl in London wie Paris den Wunsch habe, vor Eintritt in endgültige Verhandlungen sich über die genaue Bedeutung und Tragweite der Wahl Hindenburgs klar zu werden, da der praktische Wert eines Garantievertrages ausschließlich von der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der deutschen Angebote bestimmt werde. Man werde es verstehen müssen, daß es für die öffentliche Meinung Frankreichs außerordentlich schwer sei, an den Friedenswillen der deutschen Regierung zu glauben, nachdem der Erfolg der Kandidatur Hindenburgs ausschließlich das Werk der Parteien zeigt, die nicht nur den Versailler Vertrag ablehnen, sondern neuerdings auch eine Revision des Dawes-Planes und der Londoner Abmachungen fordern.

## Die Barmat-Rutisker Affäre.

Der Staatsanwalt wird angeklagt.

Die Barmat- und Rutisker-Affäre hat seinerzeit zu zahlreichen Verhaftungen geführt. Bereits einige Wochen nach der Verhaftung wurden Pressestimmen laut, daß die Behandlung in den Gefängnissen viel zu wünschen übrig lasse. Vor zwei Wochen ist der ehemalige Postminister Dr. Hölle im Gefängnis gestorben. Ueber die Ursachen seines Todes besteht noch keine Klarheit. Fest steht jedoch, daß er völlig zusammengebrochen war und daß man es nicht gestattete, ihn nach einem Krankenhause zu überführen.

Julius Barmat, der schwer herzleidend ist, wurde nach einer gründlichen Untersuchung durch hervorragende Aerzte nach einer Klinik gebracht.

Der Zustand Rutiskers ist jedoch noch schlimmer als der Barmats. Trotzdem weigert sich die Staatsanwaltschaft, ihn aus dem Gefängnis zu lassen. Vor einigen Tagen fand zwischen den Verteidigern Rutiskers und den Aerzten eine Beratung statt. Es wurde beschlossen, die Ueberführung Rutiskers nach einem Krankenhause zu fordern, da dessen Zustand hoffnungslos sei. Sollte der Staatsanwalt die Forderung ablehnen, so ist die Vertreibung mit den Aerzten übereingekommen, falls Rutisker sterben sollte, den Staatsanwalt als Schuldigen am Tode Rutiskers zu verklagen. Wie es heißt, hat die Staatsanwaltschaft bereits 14 Mal den Antrag auf Ueberführung Rutiskers nach einem Krankenhause abgelehnt.

## Die Kämpfe in Marokko.

Uebergreifen auf französisches Gebiet.

Die Ausdehnung der spanischen Riffabyslen hat neuerdings von der spanischen auf die französische Zone übergegriffen und zu heftigen Kämpfen Anlaß gegeben, die nach den offiziellen Berichten mit einem Sieg der französischen Truppen geendet haben soll. Die halbamtlichen Berichte lassen jedoch durchblicken, daß die Aufstandsbewegung hier erst in ihren Anfängen steht und größeren Umfang anzunehmen droht. Marschall Lyautey, der Generalgouverneur von Marokko, leitet persönlich die militärischen Operationen, die eine Zusammenziehung sehr beträchtlicher Streitkräfte in der Nähe der spanischen Zone erforderlich gemacht haben. Dagegen wird offiziell die neuerdings durch die Presse gegangene Nachricht bestritten, daß Marschall Lyautey die Absicht habe, die Grenze der spanischen Zone zu überschreiten und seinem Vorgehen damit einen internationalen Charakter zu geben.

## Eine internationale Faschistenorganisation.

Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der deutschen Republik ist von den italienischen Faschisten auf das lebhafteste begrüßt worden. Hindenburg wird als der Bekämpfer des sozialistischen Gedankens in Mittel- und Osteuropa bezeichnet.

Der Zentralkomitee der italienischen Faschisten hat bereits Führer nach Deutschland ausgesandt und beabsichtigt auch mit den faschistischen Organisationen der anderen Länder in Verbindung zu treten, um eine Internationale der faschistischen Organisationen zu bilden.

## Religionskämpfe in Jerusalem.

Englische Blätter berichten, daß in einem Dorfe bei Jerusalem eine geheime religiöse Sekte gegründet wurde. Zwei Familien von 10 Personen, die der Sekte nicht beitreten wollten, wurden von den Fanatikern in

ihren Häusern eingeschlossen und lebendig verbrannt. Die Regierung sandte Militär ab, das auf das ganze Dorf ein Artilleriefeuer eröffnete. Der Brand verbreitete sich auch auf andere Gebäude. In den Flammen kamen 39 Juden um, während 27 schwer verwundet wurden. Auch das Militär hat Verluste zu verzeichnen.

## Das Eisenbahnunglück.

Ein mitfahrender Reisender, ein Oberingenieur aus Danzig, gibt folgenden Bericht über das Eisenbahnunglück: Ich saß im D-Zug 3. Klasse. Kurz vor dem Einfahrtsignal vor Preußisch-Stargard, wo sich eine Böschung von 6 Meter Höhe befindet, stürzte ich plötzlich einen kräftigen Ruck. Ich war in dem Glauben, daß die Lokomotive unseres Zuges auf einen Güterzug aufzufahren sei. Der Wagen, in dem ich mich befand, geriet ins Schwanzen und stürzte die sechs Meter hohe Böschung hinab. Mein Wagen war vollständig umgestürzt. Menschen und Gepäck bildeten ein unbeschreibliches Durcheinander. Laute Hilferufe gellten durch die stockdunkle Nacht. Endlich gelang es, das Fenster mit den Füßen einzustößen. Die Splitter waren aus dem Fensterrahmen noch nicht vollständig beseitigt, als ein junger Student in seiner Aufregung durch die Fensteröffnung ins Freie zu gelangen suchte. Er durchschnitt sich dabei beide Pulsadern und mußte blutüberströmt weggetragen werden. In dem Walde herrschte eine unburchdringliche Finsternis, und schaurig klangen die Hilferufe durch die Nacht. Endlich wurden von Bahnbeamten einige Fackeln herbeigebracht, und man machte sich sofort an das Rettungswerk. Die Unfallstelle bot einen schrecklichen Anblick. Es wurden viele Verwundete geborgen. Besonders sind viel Frauen verletzt worden. Ein Kind wurde so schrecklich zugerichtet, daß ihm die Eingeweide herausgingen. Verwundete mit Bein- und Armbrüchen wurden aus dem Trümmerhaufen hervorgezogen. Bedauerlicherweise kam die erste Hilfe erst nach einer Stunde. Es waren Eisenbahner aus Stargard. Viel später kamen erst weitere Rettungskommandos an.

## 50 000 Zloty für die Ausfindigmachung der Verbrecher.

Der Eisenbahnminister hat für den 4. Mai eine Konferenz der Vorsitzenden der Eisenbahndirektionen einberufen. Zur Sprache soll das Eisenbahnunglück sowie die allgemeine Unsicherheit auf den polnischen Bahnen gelangen.

Für die Ausfindigmachung der Verbrecher hat der Eisenbahnminister eine Belohnung von 50 000 Zloty ausgesetzt. Daß es sich um einen Anschlag handelt, wurde von den Untersuchungsbehörden bereits festgestellt. Danach wurde das ganze Geleis durch einen Hebel umgestellt.

Der Hebel, mit dessen Hilfe das Geleis umgestellt wurde, ist unweit der Anglistenstraße im Walde gefunden worden. Der Verwalter des Gutes gab während der Vernehmung an, daß der Hebel in der Zeit vom 26. bis 29. April vom Gule Kotoszki gestohlen wurde.

## Die politische Seite.

Das furchtbare Eisenbahnunglück im Korridor hat auch seine politische Seite. Das Korridorproblem ist von neuem aufgerollt worden. Die Versuche der polnischen Presse, die Schuld an dem Verbrechen denjenigen zuzuschreiben, denen es Nutzen brächte, also den Deutschen, wird vom Wolskyen Telegraphenbüro als unerhörte Verleumdung bezeichnet. In der Antwort der Agentur heißt es dann weiter:

Am 22. April ist der Schnellzug Warschau—Kraakau und wenige Tage vorher der Schnellzug Kraakau—Warschau entgleist. Sollen vielleicht hierfür auch Deutsche verantwortlich sein? Ein polnisches Blatt hat damals festgestellt, daß die Entgleisung die Folge verbrecherischen Verschlimms und reißelloser Nachlässigkeit der polnischen Eisenbahnverwaltung war, die die Eisenschwellen verfaulen ließ.

Die Deutschnationalen haben in den Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung aufgefordert wird, Schritte zu unternehmen, um von der polnischen Regierung Schadenersatz für die geschädigten Personen zu erwirken. Gleichzeitig wird gefordert, daß die Regierung mit Polen in Verhandlung tritt, damit die polnische Regierung gestatte, daß die Transitzüge von deutschem Eisenbahnpersonal geleitet werden.

## Konkurs.

Die Krankenkasse veröffentlicht hiermit eine öffentliche Ausschreibung für die Zustellung von

## Drucken für Rezepte

(gegen eine Million Stück).

Die näheren Informationen erteilt die Wirtschaftsabteilung.

Offerten mit der Angabe des Preises, der Zahlungsbedingungen sowie des ev. Termins der Zustellung sind an die Wirtschaftsabteilung, Bulzanska 225, bis zum 9. Mai 1925, 12 Uhr mittags, einzureichen. Den Offerten sind Papierproben beizulegen.

(—) Dr. Arct  
Direktor.

(—) F. Kakuzyński  
Vorstand der Verwaltung.



## Votales.

### Vom Stadtrat.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden die Budgetdebatten fortgesetzt. Gegen das Budget erklärte sich Siv. Kopaliski (B. P. S.).

Nach Kopaliski antwortete Vizepräsident Wojewódzki auf die Vorwürfe der Opposition. Er suchte die Opposition in der Kanalisations-, in der Arbeitslosen- und in anderen Fragen zu beschwichtigen, ließ jedoch auf eifrige Proteste. Die von Siv. Kul berührten Fragen blieben von W. unbeantwortet.

Mit den Deutschen glaubte Siv. Zuber (B. P. S.) sich beschäftigen zu müssen. Er erklärte, daß die Forderungen der Deutschen im Stadtrat kurze Beine haben, weil sich die Deutschen selbst immer mehr assimilieren und in kurzer Zeit nur noch ein Gruppen dazwischen übrig bleiben wird. „Vor dem Kriege gab es in Lodz 23% Coangellische, also Deutsche“, sagte Z., „und heute sind es weit unter 20 Prozent. Die Deutsche Arbeitspartei halte diesen Prozentsatz auf, denn sie zwingt die deutschen Arbeiter für sie zu stimmen.“

Durch Zurufe wurde dem Redner bedeutet, daß er Unfug rede und daß der deutsche Arbeiter wohl wisse, daß er für die B. P. S. nicht stimmen kann, weil er dort keine Interessenvertretung findet.

Nachdem noch einige Redner gesprochen haben, bat der Referent um die Annahme des Budgets.

Die Abstimmung über die zur Generaldebatte eingebrachten Anträge wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Am Donnerstag wird die Debatte über die einzelnen Teile des Budgets eröffnet.

**Außerordentliche Unterstützungsgelder für die Arbeitslosen.** Die Bezirksverwaltung des Arbeitslosenfonds gibt bekannt, daß erwerbslose Arbeiter, die in Lodz, Zgierz, Babianice, Zouńska Wola, Tomaszów Maz., Ruda Babianicka, Konstantynów und Opatów wohnen oder arbeitslos ab 1. Juni ds. J. staatliche außerordentliche Unterstützung erhalten können, wenn sie 1. die Unterstützung, die ganze Zeit hindurch erhalten haben, 2. sich um Unterstützung im Staatlichen Arbeitsvermittlungsamte im Laufe eines Monats nach Erhalt der letzten Unterstützungsrate bemüht haben, 3. sich selbstständig durch ihrer Hände Arbeit unterhalten, 4. kein eigenes Vermögen oder andere ständige oder zeitweise Einkommen besitzen.

Die Ausgabe der Talons an die Arbeitslosen, die Ausweise mit neuen Nummerierungen besitzen für die Zeit vom 27. April bis 3. Mai, erfolgt in nachstehender Ordnung:

Mittwoch, den 6. Mai.

	von 8—15 Uhr	von 15—22 Uhr
Expositur 1	3601—4400	4401—5200
„ 2	4201—4950	4951—5700
„ 3	2201—2800	—
„ 4	4501—5250	—

Donnerstag, den 7. Mai.

Expositur 1	5201—6000	6001 bis Ende
„ 2	5701—6450	6451 bis Ende
„ 3	2801 bis Ende	—
„ 4	5251 bis Ende	—

Gleichzeitig teilt das Staatliche Arbeitsvermittlungsamte mit, daß am 6. ds. Mts. mit der ständigen Kontrolle der Arbeitslosen begonnen wird, die Unterstützungen abheben.

Die Kontrolle findet täglich von 3 bis 10 Uhr abends in den 4 Exposituren: Paniska 106, Wulzanska 253, Zgierska 58 und Nawrot 100 in nachstehender Ordnung statt:

Mittwoch, den 6. Mai.

Expositur 1	1—1200	Expositur 3	1—600
„ 2	1—1300	„ 4	1—1100

Donnerstag, den 7. Mai.

Expositur 1	1201—2400	Expositur 3	601—1200
„ 2	1301—2600	„ 4	1101—2200

Freitag, den 8. Mai.

Expositur 1	2401—3600	Expositur 3	1201—1800
„ 2	2601—3900	„ 4	2201—3300

Die Arbeitslosen werden aufgefordert, sich pünktlich einzustellen und nach der Nummer zu melden.

**Arbeitslosenunterstützungen.** Die neue Rate der Unterstützungen wird ausbezahlt:

Am Mittwoch im Büro 1, 4	von Nr. 2201—2750
„ 2	2401—3000
„ 3	1201—1800
„ 1a 4a	2751—3300
„ 2a	3001—3600

**Der 3. Mai.** Die vom Staatspräsidenten Wojciechowski auf dem Wege eines Aufrufes erlassene „frohe Stimmung“ konnte nicht so recht aufkommen, weil der Wettergott seine Launen hatte. Trotzdem wurde die Feier mit viel Aufwand begangen. Neben den Umzügen, die sich endlos durch die Straßen zogen, verdient die „Krautauer Hochzeit“ erwähnt zu werden. Der Hochzeitszug, der aus einigen mit jungen Birkenzweigen geschmückten Leiterwagen bestand, hielt vor dem Magistratsgebäude, wo vor dem Hauptportal die Brautjungfern den Stadtpfäsidenten Cyński, den Stadtverordnetenvorsitzenden Dr. Kichna sowie einige Stadtverordnete zum Tanze aufforderten. Eine besondere Hochzeitsmusik spielte zum Tanze auf. Nach dem Tanze wurde die „Krautauer Hochzeit“ im Magistratsgebäude von den Stadtbehörden bewirkt.

**Ein blutiger Sonntag.** Natürlich ging der Nationalfeiertag, an dem an Alkohol nicht gespart wurde, nicht ohne blutige Schlägereien ab. In der Wiczajstr. 11 kam es in der Wohnung eines gewissen Aniczak während eines Zechgelages zwischen den Wirten und Gästen zu einem Streik, der, da sich die Gemüter immer mehr erhitzten, zum Schluß mit Messern ausgefochten wurde. Der Sohn des Gastes, Antoni Aniczak, wurde durch einen Messerstich derart schwer verletzt, daß ihm die Eingeweide austraten. Sein Bruder Ladusz sowie ein gewisser Wskiewicz wurden ebenfalls schwer verletzt. Antoni Aniczak mußte nach dem Spital gebracht werden, wo an seinem Wiederaufkommen gezweifelt wird.

Auf der Konstantynower Chaussee 27 ist es zu einer Schlägerei gekommen. Der betrunkene 17jährige Czesław Nowicki trug einige Kopfwunden davon, so daß ein Arzt der Rettungstation ihm einen Verband anlegen mußte.

In der Rapiórkowstr. 198 ist der Arbeiter Josef Kasprzyk von unbekannten Tätern blutig geschlagen worden. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich auf der Kosciniere Chaussee, wo dem 21jährigen Bolesław Ewideret während einer Schlägerei schwere Kopfwunden beigebracht wurden.

**Ritter des Ordens „Polonia Restituta“.** Anlässlich der Feier des 3. Mai wurden zahlreiche Brüste in Polen mit dem Orden „Polonia Restituta“ geschmückt. Dieser Orden ist die höchste Auszeichnung, die Zivilpersonen für vaterländische Dienste verliehen wird. In Lodz wurden die Großindustriellen Heinrich Grohmann, Max Kernbaum, Dr. Marcell Barcinski sowie Ing. Eduard Wagner mit diesem Orden ausgezeichnet. Man kann über die Ordensverleihung denken wie man will, doch muß man sich fragen, wofür die Herren Großindustriellen diese höchste Zivilauszeichnung erhielten. Doch nicht etwa für die dem Vaterlande erwiesenen Dienste?

**Die Aushebung der Rekruten** wurde vom Regierungskommissariat wie folgt festgelegt: Vor der Kommission Nr. 1, Traugutta 10. Vom 11. Mai bis 18. Juni erfolgt die Aushebung des Jahrganges 1904, entsprechend der Nummerzahl auf der Registrierungsliste und zwar von 1—3000, wobei täglich 100 Rekruten erledigt werden sollen. Die Aushebung der Zurückgestellten des Jahrganges 1903 erfolgt in der Zeit vom 19. bis 27. Juni.

Vor der 2. Kommission in der Ogrodowastraße 34 haben sich in der Zeit vom 11. Mai bis 15. Juni die Rekruten des Jahrganges 1904, von 16. bis 22. Juni die zurückgestellten Rekruten des Jahrganges 1902, am 23. Juni die Freiwilligen der Jahrgänge 1905, 1906, 1907, am 24. bis 26. Juni die Zurückgestellten des Jahrganges 1901 und am 27. und 30. die des Jahrganges 1900.

**Nachlässe zur 1. Maiseier.** Während der Demonstration auf dem Neuen Ringe wurden 650 Personen, die der Ansprache des kommunistischen Abgeordneten Strappa zuhörten, verhaftet. Nach Feststellung der Personalien wurden 600 Personen freigelassen. 50 Personen, bei denen angeblich kommunistisches Agitationsmaterial vorgefunden sein soll, wurden dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Unter den Verhafteten sollen sich führende Kommunisten aus Lemberg, Krakau und anderen Städten befinden.

**Eisenbahnverbindung Zgierz-Widzew.** Mitte Mai soll mit dem Bau der Eisenbahnlinie Zgierz-Widzew, die 11 km lang ist, begonnen werden.

**Sommerkolonien.** Die Magistratsabteilung für soziale Fürsorge wird in diesem Jahre nach den Sommerkolonien in Buss und Ciechocinek nur eine beschränkte Anzahl von Kindern senden. Nach Gdingen sollen 40 Mädchen geschickt werden. Zwecks Erbauung einer eigenen Heilanstalt in Buss hat sich die Fürsorgeabteilung an den Magistrat mit dem Ersuchen gewandt, 25 000 Zl. dafür zu bestimmen.

**Einführung des englischen Sonntags in den Kiemern.** Vom 1. Mai wird auf Grund einer Verordnung des Ministerrats in allen Kiemern der sogenannte englische Sonntag eingeführt. Die öffentlichen Büros werden an Sonntagen also von 8 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags tätig sein.

**Ein neuer polnischer Theaterdirektor.** Der Magistrat trägt sich mit der Absicht, das polnische Stadttheater für die Sommerferien an den Warschauer Theaterdirektor Szyfman abzugeben.

**Politischer Prozeß.** Gestern wurde vor dem Lodzer Bezirksgericht gegen Antoni Josczyk verhandelt, der angeklagt war, auf der Versammlung der B. P. S. im Saale des Theaters „Colosseum“ an der Zachodniastraße antisemitische Flugblätter verbreitet zu haben. Er wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Plötzlicher Tod.** In der Kruczejstr. Nr. 20 starb plötzlich Josef Scher.

## Vereine.

**Chr. Commisverein.** Ein Vortrag über Rabindranath Tagore. Nicht als künstlerische Schilderungen der kleinen Leiden des Menschen sind die Dramen von Dichtphilosophen zu werten, sondern als konkrete Bilder, durch die sie ihre Ideen dichterisch zur Darstellung bringen. Meisterhaft wurde am vorigen Donnerstag von Dr. Kichan gezeigt, wie Rabindranath Tagore seine Ideen in Dramen verkörpert hat. Außer der Interpretation der größeren Dichtwerke Rabindranaths gab Redner eine lebhaft Schilderung des Lebens dieses großen Anders, aus der die Zuhörer manche Züge vernahmen, die an das Leben Shakespeares erinnern. Beide schuldloslose Geistesheben! Ohne irgend ein Examen bestanden zu haben, also nach den bis heute noch in allen Gesellschaftsklassen herumspukenden Anschauungen für ein Amt unwürdig, erachtete man es, daß Rabindranath, wie sich Redner scherzhaft ausdrückte, nur zum Heiraten tauglich wäre. Mit besonderer Betonung hob

Redner hervor, daß dieser Mann gerade den edelsten Beruf gewählt hat. Er ist Pädagoge und leitet eine Schule mit über 300 Schülern, wo der Unterricht nicht zwischen Mauern, sondern in der freien Natur unter Bäumen stattfindet. Ob es nicht auch noch heute manchen Diplomiten gibt, der Rabindranath, der die Lebensprüfung prächtig bestanden hat, bei einem Schulzimmerexamen durchfallen lassen würde? Vermutlich nicht vielleicht in Europa hier und da ein echtes Pädagogentalent als Sklave des Kapitalismus bei geisttötender Beschäftigung, weil Diplome und anderes höher als Talente gewertet werden? Man sollte nur suchen — und wer sucht, der findet. — Mit seinen 8 Vorträgen hat sich Herr Dr. Kichan viel Sympathie im Commisverein erworben und bei seinem Abschied wurde der Wunsch ausgesprochen, ihn in der nächsten Vortragsaison wieder zu hören. sh.

Am Donnerstag, den 7. Mai, Vortrag von Herrn Privatlehrer Freudenthal. Thema wird noch bekannt gegeben.

## Sport.

L. R. S. — Polonia (Warschau) 2:1 (0:0)

L. Sp. u. Lv. — Touring-Club 1:0 (1:0)

Union — Bar Kochba 6:1 (2:1)

Halbosh — L. R. S. II (1:0)

Zjednoczenie — Hasmona 4:0

In Krakau:

Cracovia — Wiska 5:5 (5:1)

Czarni — Pogoń 2:2 (2:0)

## Aus dem Reiche.

**Konstantynów. Hausdurchsuchungen.** Hier wurden bei einigen Stadtverordneten sowie Mitgliedern politischer Parteien Hausdurchsuchungen gemacht. Belastendes Material wurde nicht gefunden.

**Babianice. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen.** Im Zusammenhang mit den Stadtratswahlen sowie der Feier des 1. Mai wurden seit zwei Wochen bei über 200 Personen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die sozialistischen Parteien haben beschlossen, aus diesem Anlaß eine Interpellation an den Innenminister zu richten.

**Warschau. Schwere Strafen für Spionage.** Der Spionageprozeß, der durch den vom Rechtsanwalt Hofmoll-Ostromski verursachten Vorfall vertagt werden mußte, ist beendet worden. Die Verhandlungen wurden bei geschlossenen Türen geführt. Sieben Angeklagte wurden verurteilt, zwei freigesprochen. Es wurden verurteilt: Nikolaj Peier zu 8 Jahren Gefängnis, Robert Luczak zu 4 Jahren, Josef Chwalicki zu 4 Jahren, Boris Sittmow zu 4 Jahren, Chyl zu 3 Jahren und Stanislaw Chwiniski zu 1 Jahr Gefängnis, Edward Rozowski erhielt 2 Jahre Besserungsanstalt.

— **Explosion in der Redaktion der Zeitschrift „Walka Ludu“.** Im Hause Nr. 38 am Alsiad-Platz befindet sich im ersten Stock in einem durch eine Holzwand getrennten Saale der Klub der Unabhängigen Bauernpartei und die Redaktion der radikalen Zeitschrift „Walka Ludu“. In dem Lokal wohnte neben dem Redakteur Czesław Trojanowski noch der weißrussische Sejmabgeordnete Antoni Szapiel.

Am 31. April abends erfolgte in der Redaktion eine schwere Explosion. Als die Polizei in das Lokal eindrang, fand sie den unangefangenen Abg. Szapiel vor, der gerade dabei war, dem blutüberströmten Redakteur einen Notverband anzulegen. Auf dem Tische fand die Polizei eine in Stücke gerissene Blechbüchse. Wie die Untersuchung ergab, hatte Trojanowski Bomben fabriziert. Die Explosion erfolgte während der Füllung der Blechbüchse mit Pyroxilin. Im Bett des Redakteurs wurden größere Mengen dieses Sprengstoffes gefunden. Nach dem Eintreffen des Arztes und des Untersuchungsrichters wurde Trojanowski unter harter Polizeiesorte nach dem Spital gebracht. Abg. Szapiel wurde nur vom Untersuchungsrichter verhört. Er gab an, nichts zu wissen und daß er bereits geschlafen habe, als die Explosion erfolgte.

Im Sejm hat dieser Vorfall Unruhe hervorgerufen. Abg. Szapiel erklärte den Pressevertretern, daß er, nachdem die Explosion erfolgt war, Zimmer geflüchtet habe. „Antoni, hilf!“ Er sei aus seinem Zimmer geflüchtet. In der Redaktion lag Trojanowski an einem Tische. Das Blut floß ihm vom Gesicht auf die Brust. Mit der Hand hielt er sich das rechte Auge zu, das infolge der Explosion ausgefallen war. Als er gerade beim Anlegen des Verbandes war, klopfte es an der Tür und die Polizei betrat das Lokal.

— **Falsche 20-Zlotyscheine.** Auf dem Ostbahnhof fand ein Eisenbahner neben der Sortiererei ein Päckchen mit falschen 20-Zlotyscheinen. Die Polizei hat in einem hiesigen Hotel bereits zwei Personen verhaftet, die verdächtig werden, das Päckchen während der Fahrt aus dem Fenster des Eisenbahnwagens geworfen zu haben.

**Lublin. Anschlag auf einen Eisenbahnzug.** Zwischen den Stationen Minowice und Jaszyżów wurde von unbekannten Tätern der Schienenstrang durch sechs große Steine verarmelt. Der am 3. Mai um 2 Uhr nachts durchgehende Güterzug rannte auf die Steine auf und entgleiste. Da die Geschwindigkeit des Zuges sehr gering war, so konnte der Maschinist den Zug zum Stehen bringen. Größerer Sachschaden oder Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

## Briefkasten.

**N. S., Zgierz.** Ihre Vornotiz haben wir mit der Nachmittagspost am Sonnabend, also zu spät, erhalten. Daher konnten wir sie nicht veröffentlichen.



## Der 2. Parteitag der Deutschen Arbeitspartei Polens.

73 Arbeiter der Hand und des Geistes, Männer und Frauen, aus allen Ortsgruppen der D.A.P. kamen am Sonntag zum 2. Parteitag der D.A.P. zusammen. Alle ihre Herzen klangen zusammen in ihrer unsagbaren Sehnsucht nach der Gleichberechtigung im Lande, nach einer Gestaltung der Welt, die Gewalt und Bedrückung nicht kennt, die geachtet ist vom Geiste des Sozialismus, vom Geiste des Rechtes, vom Geiste des Völkerr Friedens, vom Geiste der Gleichheit alles, was menschliches Antlitz trägt. Die Entschlossenheit zu kämpfen, bis der deutschen Minderheit, bis dem arbeitenden Volke gegeben wird, was deren unveräußerliches Recht ist, diese Entschlossenheit trat am Sonntag machtvoll in Erscheinung.

### Die Delegierten.

Am Parteitag nahmen die Mitglieder des Parteirates, die der Kontrollkommission sowie die Delegierten der Ortsgruppen in der ihrer Stärke angepassten Zahl teil. Vertreten waren die Ortsgruppen Lodz, Pabianice, Zgierz, Konstantynow, Zdunsta Wola, Alexandrow, Tomaszow, Ozorkow und Zyrardow.

### Die Eröffnung.

Um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr morgens eröffnete der Vorsitzende, Abgeordneter Emil Zerbe, den Parteitag, begrüßte die fast vollständig erschienenen Delegierten und wünschte der Tagung erfolgreiche Arbeit zum Wohle des deutschen arbeitenden Volkes Polens. Nach der Begrüßung wurde die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Geschäftsordnung des Parteitages angenommen. Zu Vorsitzenden desselben wurden St. Klim, Abg. Zerbe und A. Weggi-Tomaschow und zu Sekretären J. Richter, A. Zerbe, R. Schulz und E. Semmler bestimmt.

Nachdem die Konstituierung des Parteitages erfolgt ist, wurde eine aus 5 Personen bestehende Mandatsprüfungskommission gewählt. Der Vorsitzende, G. Ewald, gab in seinem nach der Prüfung der Mandate erstatteten Bericht bekannt, daß 68 Delegierte stimmberechtigt und eine Anzahl Gäste anwesend sind. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde auch den anwesenden 5 Vertretern der Jugendorganisation das Stimmrecht zuerkannt.

### Der Geschäftsbericht.

Zu Punkt 4 erstattete der Parteivorstand, Abg. Zerbe, den Bericht über die Tätigkeit der Partei. Er schilderte kurz die politische Lage des Landes und berichtete, daß der Hauptvorstand im vergangenen Jahre seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, obwohl er oft mit Kleinarbeit überhäuft war.

Zu der Tätigkeit der Ortsgruppen übergehend, schilderte Redner zuerst die Ortsgruppe Lodz, die durch die öfter stattfindenden Versammlungen und Diskussionsabende den Kontakt mit der Mitglieds- und Wählerschaft aufrecht erhält. Die Vertrauensmännerkörperschaft kam nach Meinung des Referenten zu selten zusammen und mußte reorganisiert werden, damit auch in den Betrieben die Vertrauensmännerorganisation aufgerichtet wird. Im allgemeinen entwickelt sich die Ortsgruppe gut und ist ihre Mitgliedszahl ständig im Steigen begriffen. Sie hat als Vertreter 5 Stadtverordnete, 7 Krankenkassenratsmitglieder und 1 Mitglied der Verwaltung der Kasse.

Die Ortsgruppe in Zgierz hatte längere Zeit durch Fehlen eines Lokals erschwerte Arbeit. Nachdem dieser Mangel beseitigt wurde, ist mit einem noch größeren Aufstieg zu rechnen. Die Ortsgruppe hat durch Verbindungen und einer Abmachung mit der P. P. S. Einfluß auf den dortigen Stadtrat und bereits einige Forderungen durchgeführt.

Die Ozorkower Ortsgruppe hat 2 Krankenkassenräte sowie 2 Verwaltungsmitglieder im Klassenverband. Sie arbeitet selbständig und steht durch Raterteilung mit der Wählerschaft im ständigen Kontakt.

Die Pabianicer Ortsgruppe litt unter dem Indifferentismus des dortigen deutschen arbeitenden Volkes, hat sich jedoch bei den letzten Wahlen aufgerafft und vollständig unerwartet 3 Stadtverordnete durchgebracht.

Die Alexandrower Ortsgruppe hat unter der wirtschaftlichen Not viel zu leiden, leistet jedoch selbstständige Arbeit und errang durch 8 Stadtverordnete und 2 Magistratsmitglieder entscheidenden Einfluß auf die Stadtwirtschaft.

In der Konstantynower Ortsgruppe ist seit den letzten Stadtratswahlen ein Aufblühen der Organisation zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist bedeutend gestiegen und durch 7 Stadtverordnete und 2 Magistrats-

mitglieder übt die Partei zusammen mit der P. P. S. den entscheidenden Einfluß auf die Stadtwirtschaft aus.

Eine große Selbstständigkeit legt auch die Ortsgruppe Tomaszow, die zweitgrößte Ortsgruppe, an den Tag. Sie besitzt drei Vertreter im Krankenkassenrat, einen in der Verwaltung und ist durch einen Stadtverordneten, der vor der Gründung der Partei gewählt wurde und jetzt Parteimitglied ist, im Stadtrat vertreten.

Die Ortsgruppe Zdunsta Wola hat eine günstige Entwicklung genommen, besitzt ein eigenes Lokal und ist durch 3 Krankenkassenbelegierte und 1 Verwaltungsmitglied in der Krankenkasse vertreten.

Zyrardow ist die jüngste Ortsgruppe der D.A.P. und hat trotzdem einen unerwarteten Aufschwung genommen. Die Tatsache, daß diese Stadt bei der kleinen Zahl der dort ansässigen Deutschen 2 Stadtverordnete durchbringen konnte, spricht für sich selbst.

Als Umstand, der viel dazu beitragen wird, das Vertrauen zu der Partei zu festigen, ist die Tatsache, daß fast alle Ortsgruppen Empfangsstunden für die Wählerschaft eingerichtet haben, in denen jeder Art Rat und Hilfe erteilt werden. Handelt es sich um schwerwiegendere Fragen, so ist die Zentrale in Lodz und deren Sekretär jederzeit bereit, einzugreifen.

Die Mitgliedszahl der Partei ist seit dem letzten Parteitag um 29 Prozent angewachsen. Nach dem Geschlechte nach sind 76 Prozent der Mitglieder Männer und 24 Proz. Frauen. 81 Prozent der Mitglieder sind physische Arbeiter, 9 Prozent geistige Arbeiter und der Rest Handwerker. Gewerkschaftlich sind 38 Prozent der Mitglieder im Klassenverband organisiert.

Der Redner sprach sodann über die Arbeiten der Sejmfraktion, über das Verhältnis zu den anderen deutschen Organisationen und behandelte die Notwendigkeit, die Arbeiten der Stadtverordneten und der Krankenkassenräte in besonderen Verbänden zu organisieren, um einheitliche Aktionen unternehmen zu können.

Das Verhältnis der Partei zu den anderen sozialistischen Parteien wie zur P. P. S., zum „Bund“ und zur D. S. P. behandelte Redner anhand von Anträgen, die die Notwendigkeit der Festigung der Zusammenarbeit hervorhoben. Die Abstimmung über die zum Geschäftsbericht eingebrachten Anträge wurde für die Nachmittagsitzung verschoben.

Nach diesem Tätigkeitsbericht erstattete der Kassierer des Hauptvorstandes Klim den Kassenbericht, der angenommen wurde.

Der Vorsitzende der Kontrollkommission, G. Güttler, erstattete hierauf seinen Bericht. Er stellte fest, daß sich die Partei glänzend entwickelt habe und beantragte die Entlastung des Hauptvorstandes.

### Die Jugendorganisation.

Abg. Artur Kronig berichtete über die Jugendbewegung in der Partei und konnte mit Befriedigung feststellen, daß die Jugendorganisation große Fortschritte gemacht hat. Die Organisation der Jugend ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, da unter der Jugend große Kulturarbeit zu leisten ist. Redner stellte den Antrag, den Hauptvorstand aufzufordern, in allen Ortsgruppen Jugendorganisationen zu gründen.

Hierauf wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht eröffnet. Die Bearbeitung der Anträge wurde einer Redaktionskommission überwiesen.

An der Diskussion beteiligten sich Wiedemann, Seidler, Schmidt-Zyrardow, Hennig-Zdunsta Wola, Rociolet, Filbrich, Wittner, König, Klim, Krüger, Richter, Abg. Zerbe, Gellert, Lorenz, Kittel-Pabianice, Ruf, Zel. Lange-Pabianice, Lange-Pabianice, A. Zerbe, Reich-Zyrardow, Abg. Kronig und andere Delegierte. Es wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, eine Frauengruppe zu gründen und diesbezügliche Anträge gestellt. Zum Punkt Beziehungen mit den anderen sozialistischen Parteien wurde gefordert, daß die Zusammenarbeit gepflegt werden soll, um dem Chauvinismus und der Bedrückungspolitik entgegen zu arbeiten und der neuen Weltordnung den Weg zu ebnen.

Die Vertreter der Jugendorganisation hatten den Parteitag um möglichst weitgehende Unterstützung in moralischer und materieller Beziehung und stellten dementsprechende Anträge.

### Der Ausbau der Organisation.

Abg. Artur Kronig referierte hierauf über den Ausbau der Organisation. Er begründete die von ihm

zu diesem Punkt gestellten Anträge, die in einigen Punkten das Organisationsstatut der Partei abändern. So wurde beschlossen:

Das passive Wahlrecht steht den Mitgliedern erst nach Ablauf von 6 Monaten nach dem Eintreten in die Partei zu.

Zu § 12 des Statuts ist der Satz hinzuzufügen, daß die Vertrauensmänner auch in öffentlichen Versammlungen gewählt werden können.

Zu § 18 des Statuts, daß am Parteitag auch die Vertreter der Jugendorganisation mit beschließender Stimme teilnehmen, wobei deren Zahl vom Hauptvorstand festgesetzt wird.

Zu § 22, daß der Parteivorstand vom Parteitag gewählt wird.

Zu § 27, daß die Zahl der Parteiratsmitglieder anstatt 15 — 25 beträgt.

Zu § 28, daß der Hauptvorstand nicht aus 5, sondern aus 11 Personen besteht, wobei der Vorsitzende der Partei gleichzeitig Vorsitzender des Parteirates ist.

Zu § 32, daß die Mitglieder der Kontrollkommission auch an den Sitzungen des Hauptvorstandes mit beratender Stimme teilnehmen können.

In Sachen des Ausbaues der Vertrauensmännerkörperschaften wurde nachstehender Antrag angenommen:

„Die Aktions- und Werbekraft der Parteiorganisation ist in hohem Maße abhängig von dem richtigen Funktionieren der Vertrauensmännerkörperschaften in den Ortsgruppen der Partei. Der 2. Parteitag macht es daher allen Parteinstanzen zur Pflicht, die Organisation der Vertrauensmännerkörperschaften in allen Ortsgruppen mit dem größten Nachdruck zu betreiben. Im Sinne des § 12 des Organisationsstatuts sind Vertrauensmänner in allen Betrieben, wo dies nicht möglich ist, in den einzelnen Stadtteilen zu bestellen. Der Hauptvorstand wird beauftragt, ein einheitliches Reglement für die Vertrauensmännerkörperschaften auszuarbeiten.“

Die Bescheidung der Ortsgruppen mit Rednern wurde entsprechend dem Antrag des Abg. Kronig in der Weise geregelt, daß in jeder Ortsgruppe jährlich drei öffentliche Versammlungen stattfinden sollen. Einmal in zwei Monaten findet in jeder Ortsgruppe ein Diskussionsabend statt, in denen die Mitglieder des Parteirates als Referenten auftreten sollen, wobei auch andere Redner hinzugezogen werden.

Den Schluß des Berichts über den Punkt „Die Finanzen der Partei“, über die Anträge zum Geschäftsbericht sowie über die Wahlen bringen wir in der nächsten Folge.

## Von der Deutschen Arbeitspartei.

### Achtung, Ortsvorstand Lodz.

Mittwoch, den 6. Mai, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Zamenhofstraße 17, eine ordentliche Vorstandssitzung statt. Die Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder ist dringend erforderlich.

## Der 1. Mai in den Ortsgruppen der D. A. P.

### In Zyrardow

hat bei dem schönsten Wetter eine große Demonstration stattgefunden. Die Ortsgruppe der D. A. P. nahm inoffiziell an dem Umzug der P. P. S. und der Klassenverbände teil.

### In Konstantynow

schloß sich die Ortsgruppe dem Umzug des Klassenverbandes und der P. P. S. an. Die Teilnehmerzahl der deutschen Werktätigen betrug einige hundert Personen.

### In Ozorkow

wurde der Umzug zusammen mit den anderen sozialistischen Parteien abgehalten und fiel sehr imposant aus.

### In Tomaszow

hatte die Ortsgruppe der D. A. P. mit der neuen Parteifahne an der Demonstration teilgenommen. Der Zug der D. A. P. umfaßte einige hundert Personen.

### In Zdunsta Wola

wurde nach der Demonstration ein Theaterabend veranstaltet. Fast die gesamte deutsche Arbeiterschaft nahm an der Veranstaltung teil und äußerte dem Vorstand Anerkennung.

### In Zgierz

beteiligten sich die Mitglieder der D. A. P. inoffiziell an dem Zuge der sozialistischen Parteien und manifestierten zusammen mit der polnischen und jüdischen Arbeiterschaft.

### In Pabianice

hat die Ortsgruppe aus demselben Grunde wie in Lodz an der Demonstration nicht teilgenommen.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig Ant. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

## Verschiedene Sommerwaren,

Beißwaren in allen Sorten, Stamme gemauert und glatt, Hemdenzephyre in jeder Preislage, Ballwaren für Kleider, Kostüme und Mäntel, Crep de chine in allen Farben, Satins glatt u. gemauert, Züher, Handtücher, Plüsch- u. Wafeldecken

empfehlte Emil Kahlert, Lodz, Główna 41, Tel. 18-37.

Bei bedeutenderem Einkauf Rabatt.

755

### Gesucht

deutsch u. polnisch sprech. selbständiger, ehrlicher

### Jüngerer

## Mechaniker

für eine Büromaschinen- und Fahrräder-Reparatur-Werkstatt. Schriftl. Offerten unter „Romapis“ mit Angabe der Ansprüche, Alter, Referenzen u. Lebenslauf an die Geschäftsstelle der „Lodzger Volkszeitung“ zu richten.

765

Im Verlage der „Lodzger Volkszeitung“ ist erschienen:

## Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens

Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Zamenhofstraße 17, sowie durch die Zeitungsaussträger.

## Bilanzfähiger Buchhalter

sucht stundenweise Beschäftigung.

Gefl. Offerten unter „A. K.“ an die Exp. d. Blattes.

757

## Fahrräder

Orig. „STOEWER“ zu Engrospreisen.

Vertretung:

Główna 38, W. 3.



## Sindenburgs Politik.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

In Berlin weist augenblicklich der bekannte *Martin-Vertreter Sauerwein*, dem es gelungen ist, folgende Richtlinien für die Gestaltung der künftigen deutschen Politik von rechtsorientierten Staatsmännern zu erhalten: eine Annäherung Deutschlands an Frankreich oder gar ein Abkommen könne nur mit einem Rechtskabinett angestrebt werden, welches allein ein wahrhaftes Verhältnis zwischen beiden Ländern zu gewährleisten vermag.

Daneben sei eine Interessengemeinschaft notwendig, welche an Stelle der gegenwärtigen gespannten Beziehungen freundschaftliche Verhältnisse wird treten lassen; zu diesem Zweck wird ein Einvernehmen zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie herbeizuführen sein.

Auch ist Sindenburg nicht abgeneigt, einem Zusammengehen auf militärischem Gebiet beizustimmen; er sei fest überzeugt, daß beide Nationen sich eines Tages gegen die bolschewistische Gefahr zusammenschließen müßten.

Auch Polen gegenüber würde die künftige Politik einen neuen Kurs einschlagen. Polen schreite in seiner Entwicklung rasch vor, seine Bevölkerung und Einnahmequellen seien im Zunehmen begriffen, und es sei somit nicht zu verkennen, daß dies Land einen wichtigen Faktor für das europäische Gleichgewicht darstelle.

Es müsse daher nur in vollem Einvernehmen mit Polen die Abschaffung des Korridors erwogen werden, der in Friedenszeiten ja nur ein Hindernis bilde, während er im Kriege militärisch nicht zu halten sei. Dagegen wäre Deutschland bereit, ein Übereinkommen, das die übrigen Grenzen Polens garantiere, zu unterzeichnen, wie die gegenwärtige Regierung überhaupt geneigt sei, die Sicherheitsverhandlungen mit Frankreich fortzusetzen, unter gleichzeitigem feierlichen Verzicht auf Elsaß-Lothringen.

Es ist Sache der Regierungsparteien zu erklären, was an diesen Ausführungen Sauerweins authentisch ist. Jedenfalls steht es heute schon fest, daß die Deutschnationalen viel zu klug sind, um einen Konflikt mit dem Ausland zu provozieren; sie haben ihr ganzes Bestreben dahin gerichtet, ihre innerpolitische Position dadurch zu stärken, daß sie

nach außen hin alle möglichen Versprechungen machen — eine Taktik, die geradezu im Gegensatz zur Hurra-Wahlpropaganda steht, wo sie mit schönen Phrasen von Revanche und ähnlichen Dingen so manchen kurzfristigen Patrioten gewonnen haben.

Selbstverständlich ist eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nur wünschenswert; aber wenn diese im Sinne der obigen Erklärung nur ein Zusammengehen der kapitalistischen Schwerindustrie darstellen soll, so bedeutet dies eine gemeinsame und desto wirksamere Unterdrückung des deutschen und französischen werktätigen Volkes. Es würde dies eine Kapitalisierung der Politik, des Nationalbewußtseins, das Unterordnen idealer Ziele

### Dein höchster Tag!

*Zieh' an, du Volk, dein Feierkleid!  
Der junge Frühling jauchzt dir zu.  
Aus eigener Kraft entsteige du  
Des Werktags Dunst und stumpfem Leid.*

*Das ist, du Volk, dein höchster Tag.  
Du sollst dir selbst Erlöser sein  
Und heben in den Sonnenschein,  
Was dumpf gestöhnt und dunkel lag.*

*Nun webe, Volk, dein rotes Band  
Und singe du im Menschheitschor  
Und gehe durch ein Blumentor  
In frohes Erdenwaterland!*

Bruno Schönlank.

den Interessen einzelner Geldmagnaten sein. Und noch ein verhängnisvoller Punkt ist in diesem Projekt enthalten: der künftige Krieg gegen Rußland. So wie die Rechtsparteien durch wirtschaftliche Vorteile die Gunst Frankreichs zu erstreben versuchen, ebenso wollen sie den angelsächsischen Block durch das Kriegversprechen für sich gewinnen. Vor diesen verhängnisvollen Plänen und Ränken wird sich das deutsche Volk künftig in Acht nehmen müssen.

Sache der republikanischen Parteien wird es sein, in gemeinsamem Vorgehen mit den französischen Sozialisten gegen das Verbrechen eines neuen imperialistischen Krieges sich auf das entschiedenste zur Wehr zu setzen.

Theodor Loevy.

## Die Nationalitäten Europas.

Das österreichische Bundesamt für Statistik hat eine Zusammenstellung der in den einzelnen Staaten Europas lebenden Nationalitäten herausgegeben. Wir führen hierbei, um Raum zu sparen, nur die Gesamtzahl der Einwohner, die Seelenzahl des Herrschervolkes und die in größerer Anzahl vorhandenen Minderheiten der wichtigsten Länder an:

Belgien: 7540 000; Wallonen 3200 000 (42,4 Proz.), Flamen 4000 000 (53 Proz.), Deutsche 80 000 (1,1 Proz.).

Dänemark: 4420 000; Dänen und Isländer 3330 000 (97,4 Proz.), Deutsche 55 000 (1,6 Proz.).

Deutschland: 61 440 000; Deutsche 59 060 000 (96,14 Proz.), Polen 1100 000 (1,8), Juden 570 000 (0,9), Tschechen 110 000 (0,18), Russen und Ukrainer 200 000 (0,32), Holländer 150 000 (0,24).

Estland: 1109 000; Esten 980 000 (88,3 Proz.), Deutsche 45 000 (4,1).

Frankreich: 39 500 000; Franzosen 35 800 000 (90,6 Proz.), Deutsche 1 500 000 (3,8).

Großbritannien und Irland: 47 650 000; Engländer 43 100 000 (90,5 Proz.), Irländer 3 500 000 (7,3 Proz.).

Italien: 38 900 000; Italiener 37 880 000 (97,3 Proz.), Slowenen und Kroaten 450 000 (1,2), Deutsche 270 000 (0,7).

Jugoslawien: 12 200 000; Serben 6 100 000 (50,81 Proz.), Kroaten 2 700 000 (22,2), Slowenen 1 050 000 (8,7), Mazedonier 210 000 (1,7), Albaner 490 000 (4), Deutsche 530 000 (4,3), Ungarn 470 000 (3,8), Rumänen 190 000 (1,6).

Lettland: 1 865 000; Letten 1 460 000 (78,3 Proz.), Deutsche 65 000 (3,5), Polen 55 000 (2,9).

Litauen: 1 900 000; Litauer 1 460 000 (77,3 Proz.), Polen 50 000 (2,7), Deutsche 80 000 (4,2), Juden 220 000 (11,6).

Norwegen: 2 680 000; Norweger 2 650 000 (98,9 Proz.).

Österreich: 6 480 000; Deutsche 5 780 000 (89,2 Proz.), Tschechen 120 000 (1,9), Kroaten und Slowenen 110 000 (1,7), Juden 300 000 (4,6).

Polen: 27 400 000; Polen 15 200 000 (55,5 Proz.), Ukrainer 5 000 000 (18,2), Weißrussen 1 600 000 (5,8), Deutsche 1 600 000 (5,8), Juden 3 100 000 (11,4), Litauer 250 000 (0,9), Andere 250 000 (0,9).

Rumänien: 16 500 000; Rumänen 11 800 000 (71), Deutsche 800 000 (4,8), Ukrainer 750 000 (4,5), Bulgaren 150 000 (0,9), Juden 850 000 (5,2), Ungarn 1 500 000 (9,2), Türken 250 000 (1,5), Zigeuner und andere 400 000 (2,4).

Schweiz: 3 900 000; Deutsche 2 650 000 (67,95 Proz.), Franzosen 810 000 (20,7), Italiener 340 000 (8,7), Rätromanen 340 000 (8,7).

Tschechoslowakei: 13 700 000; Tschechen 6 600 000 (48,1 Proz.), Deutsche 3 250 000 (23,7), Slowaken 2 100 000 (15,3), Ukrainer 460 000 (3,4), Polen 80 000 (0,6), Ungarn 740 000 (5,4), Juden 350 000 (2,6).

## Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von Hans Dominik.

(65. Fortsetzung.)

Der Cheftelegrafist stürzte in diesen Raum. Macomber, der alte, sonst so zuverlässige Maschinist, trat ihm verächtlich entgegen. Er deutete sprachlos auf die großen Kontakte, die sich, wie von unsichtbaren Geisterhänden bedient, bewegten.

Ein höllischer Spuk war es. Aber ein Spuk, der nach einem festen Plan vor sich ging. Alle diese Bewegungen und Manipulationen spielten sich ganz systematisch ab. Er vermochte aus dem Knattern der Kontakte ohne weiteres den Wortlaut der Botschaft herauszuhören, die hier gegeben wurde.

„Sayville. An alle!... Sayville. An alle!... Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen. Die Macht warnt alle vor dem Kriege.“

Mr. Brown stürzte sich auf den nächsten Sendekontakt und suchte ihn mit Gewalt festzuhalten. Die Kontakte arbeiteten unbeeinträchtigt weiter.

Dreimal hintereinander gab die Station diese Depesche. Dann begannen mit einem Schlage wieder die Automaten und Maschinengeber zu arbeiten. Raum zehn Minuten hatte der Spuk gedauert.

Mr. Brown stand in seinem Glaskasten und strich sich die Stirn. Er wußte nicht, ob er wache oder träume. Mit verstörten Mienen blickten die Telegraphisten auf ihren Vorgelegten. Keiner von ihnen kümmerte sich um die Apparate. Über die Automaten, die nervenlosen Maschinen, taten ihre Schuldigkeit. Sie schrieben die Depesche auf, die jetzt von allen Seiten her in Sayville einliefen. Anfragen von amerikanischen und überseeischen Stationen, was die Sendung von Sayville zu bedeuten habe.

Eine dringende Staatsdepesche aus Washington: „Befehl, den Stationsleiter sofort vom Amt zu suspendieren. Die Station dem Stellvertreter zu übergeben!“

Mr. Brown war mit seinen Nerven fertig. Er übergab die Station seinem Vertreter und setzte sich hin, um mit zitternden Händen einen ausführlichen Bericht über das Vorkommnis zu schreiben.

Für die Geschichte jener Zeit ist der Bericht ein wichtiges Dokument geworden. Er gibt noch verhältnismäßig objektiv eine Darstellung der unerklärlichen Beeinflussungen, denen die Großstationen der ganzen Erde in den folgenden Wochen bald hier, bald dort ausgesetzt waren. Eine unbekannte Macht hatte sich des drachlosen Verkehrs bemächtigt. Sie gab ihre Depeschen „An alle!“, wie es ihr gefiel, unter Benützung der vorhandenen Stationen ab.

Kapitän H. A. Fagan vom amerikanischen Marine-departement, der eiserne Fagan, wie ihn seine Kameraden nannten, hatte Vortrag beim Präsidenten-Diktator. Mit aufmerksamen Blicken folgte Cyrus Stonard den Erklärungen, die Kapitän Fagan an Hand umfangreicher, an der Wand befestigter Zeichnungen gab.

Sie stellten die große amerikanische Unterwasserstation dar, die im Laufe des letzten Jahres in aller Stille vollkommen geheim, an der afrikanischen Ostküste in der Höhe der Seeschellen entstanden war. Durch gründliche Voruntersuchungen hatten amerikanische Schiffe eine Stelle ausfindig gemacht, die zweihundert Kilometer von der Küste entfernt mitten im freien Ozean lag und doch nur hundert Meter tief war. Es war die Spitze irgendeines vor Millionen Jahren in der Tiefe des Indischen Ozeans versunkenen Berges. Taucher hatten das Gelände untersucht und die Sprengungen vorbereitet, durch die man eine Plattform von etwa einem Quadratkilometer hundertfünfzig Meter unter dem Seespiegel schuf. Dann kam der Bau.

Zwanzig gewaltige Hallen. Jede einzelne groß genug, die größten Flugzeuge, Flugtaucher und U-Boote aufzunehmen. Jede Halle mit den Maschinen für alle vorkommenden Reparaturen ausgerüstet. Jede Halle mit vielfacher Sicherheit gegen den gewaltigen Wasserdruck erbaut. Darüber hinaus noch durch ein System sinnreicher Sicherheitsvorrichtungen gegen Wassereinträge geschützt. Unterirdische, tief in den Fels des Berges gesprengte Gänge verbanden die Hallen miteinander. Zisternen waren mit Hilfe starker Sprengmittel in den Basalt hineingearbeitet, die Hunderttausende von Tonnen der besten Treiböl für die Maschinen amerikanischer Kriegsfahrzeuge aufnehmen konnten.

Ferner große Luftschleusen. Ein Druck auf einen der vielen Hebel in der Apparatzentrale der Station genügte, und eine riesenhafte hydraulische Plattform hob sich wie eine plötzlich entstehende Insel aus den Fluten des Ozeans, bereit, Fahrzeuge aufnehmen und sicher mit in die Tiefe zu bringen.

Es war ein wahrhaft großartiger unterseeischer Flottenstützpunkt, den ein Befehl Cyrus Stonards hier mitten in der Wasserwüste entstehen ließ. An einer Stelle, von der aus es amerikanischen Streitkräften ein leichtes sein mußte, jede in Mittelasien neu entstehende Kriegsindustrie im Entstehen zu zerhacken und Indien schwer zu bedrohen.

Als Cyrus Stonard vor dreizehn Monaten den Befehl gab, erklärten die Fachleute die Sache für unausführbar. Bis der eiserne Diktator den eisernen Kapitän fand. Cyrus Stonard entsann sich deutlich der ersten Unterredung mit dem Kapitän. Unbedingte Geheimhaltung des Planes und des Baues forderte der Diktator. Kapitän Fagan hatte damals wenige Minuten überlegt.

„Wir müssen mit fünftausend Mann arbeiten, wenn wir in einem Jahr fertig werden wollen. Ein Geheimnis, um das fünftausend Menschen wissen, ist kein Geheimnis mehr. Also müssen wir Sklaven für den Bau nehmen.“ (Fortsetzung folgt.)



Türkei: 1800 000; Türken 800 000 (44,5 Pzt.), Griechen 400 000 (22,2), Armenier 200 000 (11,1), Bulgaren und Mazedonier 200 000 (11,1).

Ungarn: 7 950 000; Magyaren 6 650 000 (83,6 Pzt.), Deutsche 480 000 (6), Slowaken 180 000 (2,3), Juden 460 000 (5,8).

Wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist, gibt es kaum ein Land ohne Minderheiten, in mehreren bilden sogar die Minderheiten zusammengekommen die Mehrheit, und zwar in Belgien, Jugoslawien, Tschechien und der Türkei. Die Zahl der Deutschen in Europa (ohne Rußland) beträgt 76 245 000, wovon 17 185 000 (beinahe ein Viertel) in 14 Staaten zerstreut wohnen.

## Die Tschechoslowakei verstärkt den Grenzschutz.

Die Tschechoslowakei hat ihren Grenzschutz an allen Grenzen verstärkt, weil es an diesen in der letzten Zeit wiederholt zu Zwischenfällen gekommen ist. Speziell an der polnisch-tschechischen Grenze haben wiederholt polnische Patrouillen auf die tschechische Grenzwahe geschossen.

Die tschechisch-polnische Verbrüderung, von der gelegentlich des Besuchs des Herrn Beneš in Warschau so viel die Rede war und die in der französischen Presse so große Begeisterung erweckte, scheint also nicht weit her zu sein.

## Borah gegen Frankreich.

Der amerikanische Senator Borah hat in der Presse eine heftige Kampagne gegen Frankreich eröffnet. Er fordert von Frankreich die Bezahlung der Schulden, denn Frankreich könne bezahlen und sei dazu moralisch verpflichtet. Frankreich sei in günstigerer Lage als jede andere europäische Nation. Es habe keine Arbeitslosen und lebe im allgemeinen in sehr günstigen Verhältnissen. Wenn Frankreich wollte, dann könnte es seinen Verpflichtungen nachkommen, denn es habe das Kohlengebiet des Saargebietes und Elsaß-Lothringen erhalten, die zu den reichsten Gebieten der Erde gehören. Es liege weder ein moralischer noch wirtschaftlicher Anlaß vor, die französische Schuld zu annullieren oder herabzusetzen.

## Duellforderung des estnischen Parlamentspräsidenten.

In den politischen und journalistischen Kreisen Revals erregt es Aufsehen, daß der Präsident des estnischen Parlaments, Tõnisson, drei Chefredakteuren eine Duellforderung übersandt hat. Der Grund zu diesem Vorgehen ist in den scharfen Angriffen zu suchen, die eines der drei in Frage kommenden Blätter gegen den Parlaments-Präsidenten gerichtet hat. Tõnisson begnügte sich nicht damit, den Chefredakteur dieses Blattes zu fordern, sondern er übersandte eine gleichlautende Herausforderung auch den Leitern zweier anderer Blätter, die über diese Angriffe berichtet hatten. Zu diesen gehörte auch der in deutscher Sprache erscheinende „Revaler Bote“. Die Angelegenheit wird vermutlich nicht zu einem Zweikampf führen, sondern durch ein Schiedsgericht beigelegt werden.

## Um zwei schöne Augen.

Roman von H. Abt.

(Nachdruck verboten.)

(42. Fortsetzung.)

„Sie also sind ein Träumer“, sagte mit einem ganz leisen Lächeln Herta, und er gab rasch, mit starkem Tone zurück:

„Ja, und in diesem Falle ein bewußter Träumer, denn ich weiß so ziemlich sicher, daß meinem Wunsche die Erfüllung ausbleiben wird. Ich möchte mir eines Tages ein eigenes Krankenhaus bauen können und das mit allen besten Hilfsmitteln, die es gibt, in den freien Dienst der Menschheit stellen.“

Sie blickte vor sich hinaus. Ihre Züge waren unbewegt.

„So also sieht Ihr Traum vom Glück aus.“

„Mein Traum vom Glück als Arzt — ja.“

Sie ging über das Beschränkende der Antwort hinweg. „Da kann ich nicht mit. Das Wohl der Allgemeinheit ist mir so gleichgültig.“

„Noch, meinen Sie.“

„Noch?“ — Ihre schmalen, scharfgezeichneten Brauen schoben sich aneinander, so daß sie sich über der feinen Nasenwurzel berührten. „Ich glaube nicht, daß sich da je bei mir viel ändern wird.“

„Ich aber weiß, daß es geschieht. Eine große Kraft muß sich auch eines Tages zum Ganzen finden.“

Den Kopf in den Nacken zurückgebogen, die Arme straff im Schoße von sich gestreckt, die Hände fest ineinander geschlungen, sah sie ihn an und lachte.

„Das Ganze — was ist das? Ein Haufen Leute.“

„Ihr Lachen klingt verächtlich und hart.“

Da bog er sich gegen sie vor und faßte ihre Hände.

## Todesstrafe für Faulenzer.

Gelegentlich eines Vortrages über das alte Peru, den der Londoner peruanische Generalkonsul, Senor Salomon, hielt, führte der Redner aus, daß die Trümmer der Zivilisation der Inkas über ein weites Gebiet, das von Panama bis nach Chile reicht, zerstreut sind. Wichtiger aber als diese Zeugen der Zivilisation der Inkas seien die der vorangegangenen sogenannten Tia Huanco-Zeitperiode, die sich in Gestalt von Monumenten, Steinbildern, Palästen und Befestigungen dem Auge zeigen und die man reichlich in Bolivia, in Cuzco, am Titicacasee und an vielen anderen Orten antrifft. Die Inkas waren ein großes, ackerbautreibendes Volk und die Reste ihrer Kanäle und Wasserbauten sieht man an vielen Plätzen längs der Küste von Peru. Sie kannten weder Reichtum noch Armut. Der Staat sorgte für seine Untertanen und griff in alle Dinge, selbst in die Verhältnisse des Privatlebens, ein. Die Inkas bildeten drei Klassen: die königliche Familie, die Priester und das Volk. Der Oberpriester und das Oberhaupt des Heeres wurden vom königlichen Hause gestellt. Jeder Mann von 21 Jahren und jedes Mädchen von 18 Jahren war gezwungen, eine Ehe einzugehen. Jedes Kind erhielt von Staats wegen ein Stück Land zur Bewirtschaftung zugewiesen, wobei der Knabe ein größeres als das Mädchen erhielt. Alle Arbeiten wurden vom Volk ausgeführt, und jede Person, Mann, Frau oder Kind, hatte eine bestimmte, ihm zugewiesene Arbeitsaufgabe zu erledigen. Keinem war es erlaubt, über seine Kräfte zu arbeiten, andererseits sah sich aber jeder, der sich bei der Arbeit lässig oder faul zeigte, mit der Todesstrafe bedroht.

In der kapitalistischen Gesellschaft aber können viele Männer und Frauen gar nicht heiraten, weil ihnen die Mittel fehlen. Leben sie doch zusammen und bekommen sie Kinder, so sind sie und ihre Kinder moralisch geächtet. Dafür haben es die Faulenzer am besten: ihre ganze Plage ist nur, wo sie im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter ihre „Erholung“ suchen und welche Toiletten sie tragen sollen. Aber wir sind nun einmal ein christliches Kulturvolk, während die alten Indianer von Amerika Heiden waren.

## Aus Welt und Leben.

**Ungarn vor einer Refordernte.** In einer Unterredung mit Journalisten erklärte Ackerbauminister Dr. Mayer, daß für die heutige Ernte ausgezeichnete Aussichten vorhanden seien. Falls keine unvorhergesehene Elementar Katastrophe eintreffe, so kann man mit einer sehr guten Ernte rechnen.

**Die Verleumdung auf dem Grabstein.** Eine in ihrer Art ganz merkwürdige Ehe tragödie wurde heute vor dem Bezirksgericht ausgetragen. Die Private Grel Bräunauer belange ihren seit Jahren von ihr geschiedenen Gatten, den Geschäftsführer Julius Fall, wegen Verleumdung. Der Mann war bis 1918 auf dem Kriegsschauplatz, kehrte als Verwundeter heim, wo man ihm allerlei Mittelungen über das flotte Strohweitertum seiner Gattin zutrug. Es kam wiederholt zu erregten Szenen zwischen den Eheleuten, in deren Verlaufe die Frau beteuerte, daß sie auch nicht ein einziges Mal die eheliche Treue gebrochen hätte und sie erklärte bei einer dieser Gelegenheiten in feierlicher Weise, ihr einziges Kind solle eines frühzeitigen Todes sterben, wenn sie auch nur einmal ihren Mann hintergangen hätte.

Nicht lange nach diesem Schwur erkrankte das Kind, ein sechsjähriger Knabe, und starb. In seiner namenlosen Erbitterung beschuldigte er die Frau des Meineids, denn er war fest überzeugt, daß der falsche Schwur seiner Frau den Tod des Kindes verursachte. Die Ehe wurde gerichtlich geschieden. Als die Frau am Todestag des Kindes dessen Grab aufsuchte, fand sie dort auf dem Grabstein folgende Inschrift: „Ich werde zu dir kommen, um wegen meines Todes mit dir abzurechnen.“ Darunter stand in hebräischen Lettern: „Mutter! Was wirst du wohl bei dieser Abrechnung zu sagen haben?“ Wegen dieser Inschrift auf dem Grabstein hat nun die Frau die Verleumdungsklage gegen ihren früheren Gatten angestrengt. Dieser verteidigte sich damit, daß er den Gedanken nicht mehr loswerden konnte, daß zwischen dem Schwur seiner Frau und dem Tode des Kindes ein Zusammenhang bestehe. Julius Fall wurde zu zwei Monaten Gefängnis und zu zwei Millionen Geldstrafe verurteilt. Ueberdies wurde die Entfernung der Inschrift auf dem Grabstein angeordnet.

**Ein diplomatischer Kaplan.** In der „Hofkapelle“ zu Doorn — der abgesetzte deutsche Kaiser hat nämlich noch eine „Hofkapelle“ — gab es am Sonntag, an dem der Reichspräsident gewählt wurde, einen Gottesdienst und der Kaplan sprach über die Wahl in Deutschland und verrichtete ein Gebet, in dem er die Hoffnung ausdrückte, daß der Wille Gottes erfüllt werden möge. Offen für die Wahl Hindenburgs zu beten, hätte vielleicht als politische Handlung die holländischen Gastgeber unangenehm berührt. Aber daß „der Wille Gottes erfüllt werden möge“, das kann man immer hoffen. Denn wenn auch nicht der Platzhalter der Hohenzollern gewählt worden wäre, wäre es eben auch „Gottes Wille“ gewesen, der erfüllt worden wäre. Da Hindenburg der Gewählte ist hat Gott ebenfalls seinen Willen ausgesprochen. Der Diplomat aus Wilhelms Hofkapelle sollte vom Hindenburg zum Gesandten gemacht werden; etwa in Moskau.

**Schüsse bei einer Ehescheidung.** In den Räumen der Wiener israelitischen Kultusgemeinde hat sich ein eheliches Drama abgespielt. Der 26jährige Reisende Karl Rauch lebte mit seiner 26jährigen Frau Fanni in beständigem Zwist, so daß die Ehegatten beschloßen, voneinander zu gehen. Nach dem jüdischen Familienrecht muß in dem Falle der Mann der Frau den sogenannten „Scheidebrief“ überreichen. Das geht vor dem zuständigen Seelsorger, der seine Kanzlei im Gebäude der Kultusgemeinde in der Seitensteingasse hat, vor sich. Dort fanden sich auch Rauch und seine Frau ein. Während noch über die Sache verhandelt wurde, zog Rauch plötzlich einen Revolver und gab auf seine Frau drei Schüsse ab. Die Frau wurde schwer verletzt. Rauch ließ sich ohne Widerstand festnehmen.

**Ein Prozeß wegen des Wortes „Genosse“.** Das Gericht in Irkutsk in Sibirien fällte dieser Tage das Urteil gegen den dänischen Staatsangehörigen Pedersen, der vor einigen Wochen in betrunkenem Zustande einen Droschkentreiber erschossen hatte. Der Kauscher hatte versucht, den betrunkenen Fahrgast, der während der Fahrt Revolver schüsse abgegeben hatte, zu beruhigen und hatte dabei die Anrede „Genosse“ gebraucht. Wie die Anklage besagt, hatte Pedersen aus Wut über dieses Wort den Kauscher niedergeschossen. Das Gericht verurteilte Pedersen zu 8 Jahren Zuchthaus und außerdem zu einer monatlichen Zahlung an die Hinterbliebenen des Getöteten.

## Werbe neue Leser für dein Blatt!

„Mir aber sind sie nicht vonnöten — jetzt nicht. Wenn's jemals dazu käme, dann würde ich vielleicht zu Ihnen kommen.“

Die erhobenen Augen glitten ihm langsam wieder herab. Er sah Herta durchdringend an und fragte:

„Heißt das, ich mache mir Freundschaftsrechte an, die mir nicht zustehen, und — soll jetzt gehen?“

„Nein, aber nie wieder sprechen von alledem.“

Sie trat zur Seite, drehte noch eine der elektrischen Glammen auf, machte sich danach am Samowar zu schaffen und ging dann zur Balkontür hinüber, die sie öffnete und, in ihrem Rahmen stehend, in das Zimmer zurück sprach:

„Wenn es nicht stürmt, ist die Luft hier noch so mild und warm. Und sehen Sie, wie dort drüben über der Däne der Vollmond steht. Gerade darunter ragt der dunkle Flaggenmast, daß man fast meinen könnte, es wäre ein Blumenstengel, daran die leuchtende Blüte hängt.“

Professor Lüttgard trat zu ihr hin. Eine Weile standen sie schweigend auf dem Balkon, der die volle Meeresansicht bot.

„Ja, seltsam warm ist die Luft“, sagte er dann, und es klang, als werde ihm darunter der Atem schwer. Ihm schien der schimmernde Dänenstreifen wie eine ruhende, weiße Gestalt, darüber der Mond als leuchtendes Anilischwebte. Und was sich dunkel rehte, war ein gewaltiger Arm, der das lichte Anilisch, die weiße Gestalt emporhob, sie emrührte zu fernem, fernem Wolkenweiten: Daniela.

Er sah ihr Lächeln vor sich, empfand die Milde des Abends wie den weichen Hauch ihrer Lippen. Mit rascher Bewegung ging er wieder in das Zimmer hinein.

Langsamer folgte Herta ihm nach. Er schritt ein paarmal in dem großen, behaglichen Raume hin und her, gedankenlos die Bilder an den Wänden und auf dem Panelbrett die Nippes betrachtend. Plötzlich fuhr er und ein „Ah!“ — entfuhr unwillkürlich seinen Lippen.

(Fortsetzung folgt.)